

Kurzinformationen

Johannes Paul II. hat eine Botschaft an die Kirche in Litauen gerichtet. Sie wurde am 23. Juli dem Vorsitzenden der Litauischen Bischofskonferenz Bischof *Liudas Povilonis*, Apostolischer Administrator von Kaunas und *Vilkaviškis*, anlässlich der Bischofsweihe des neuen Apostolischen Administrators von *Telšiai* und *Klaipėda*, *Antanas Vaičius*, übermittelt. Vaičius war am 15. Juli ernannt worden; gleichzeitig wurde auch die Ernennung des schon 1957 zum Bischof geweihten, bisher aber amtsbehinderten Weihbischofs *Vincentas Skladkevičius* zum Apostolischen Administrator von *Kaišiadorys* bekanntgegeben. Die Papstbotschaft (veröffentlicht im *Osservatore Romano* vom 30. 7. 82) wurde während der Bischofsweihe in der Kathedrale von Kaunas verlesen und von den Gläubigen, wie es in einem kurzen Bericht des „Osservatore“ hieß, mit „Bewegung und Dankbarkeit“ aufgenommen. Johannes Paul II. nennt darin den Bischof ein „unschätzbare Geschenk Gottes an die Kirche“; in der Person Jesu Christi, des Lehrers und Hirten, solle der Bischof das Gottesvolk in Wahrheit und Heiligkeit aufbauen und für es durch Verkündigung und Werke der Nächstenliebe Sorge tragen. Die Priester sollten den Bischof als ihren Vater anerkennen und ihm Gehorsam leisten. Von der „ganzen katholischen Gemeinschaft“ Litauens heißt es in der Botschaft, ihr Glaube habe sich in zahlreichen Schwierigkeiten und Mühsalen bewährt. In ihrem Bischof solle sie „Hilfe, Kraft des Geistes und Stärkung“ finden, um in Glaube, Liebe und Hoffnung weiterhin Zeugnis von der christlichen Botschaft abzulegen. Auf diese Weise werde die christliche Würde und Tugend erhalten, welche Bildung und Gelehrsamkeit der Nation ausmachen. Zum Abschluß seiner Botschaft empfiehlt der Papst die „katholische Familie Litauens“ der Gottesmutter und erteilt seinen Apostolischen Segen. – Inzwischen ist in einem Brief von „Priestern und Gläubigen in Litauen“, der in der Untergrundzeitschrift „Chronik der katholischen Kirche in Litauen“ veröffentlicht wurde, die Hoffnung ausgedrückt worden, Johannes Paul II. werde 1987 zur 600-Jahr-Feier der Christianisierung Litauens das Land besuchen. Die Unterzeichner des Briefes dankten dem Papst dafür, daß er die Aufmerksamkeit der Welt auf die kleine katholische Nation Litauen gelenkt habe.

Der Rat der EKD veröffentlichte am 19. August einen Arbeitsbericht über die Konsultationen über Fragen der Friedensverantwortung zwischen den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik und denen der DDR. In den Konsultationen, die seit 1980 stattfanden, sei danach gefragt worden, wie der gemeinsame Sendungsauftrag für jede der beiden Kirchen in ihrem Staat und für beide Kirchen gemeinsam konkret werden solle und könne. Der spezifische und erste Beitrag der Kirche zum Frieden der Völker liege darin, daß sie den Frieden Gottes bezeugen und darum für den Frieden der Menschen mit Gott und den Frieden der Menschen untereinander bete. Das Gebet für den Frieden sei die innerste Konzentration eines umfassenden Lebensengagements; es könne niemals zum Rückzug aus politischer Friedensverantwortung werden, sondern führe in die Wahrnehmung dieser Verantwortung hinein. Die erste und gegenwärtig drängendste Konkretion der Friedensverantwortung sei die *Abwendung des Krieges*: „Die Verantwortung für den Frieden in dieser Welt ist durch die Abwendung des Krieges nicht erfüllt, sondern umfaßt mehr – bis hin zu dem Ziel internationaler Gerechtigkeit.“ Die lebensbedrohende Aporie, daß die Verteidigung aller Wahrscheinlichkeit

nach alles vernichte, was verteidigt werden solle, müsse überwunden werden. Der Bericht betont weiter, die Kraft des Evangeliums halte über Grenzen hinweg Kirchen in Gemeinschaft zusammen. Die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik und in der DDR nähmen ihre Verantwortung in ihren gesellschaftlichen Kontext eigenständig wahr; gleichzeitig wollten sie nicht in den *Antagonismus der Systeme* vereinnahmt werden, weil sie den Brückendienst der Versöhnung zu tun hätten. Die Konsultationen zwischen den Kirchen böten eine Möglichkeit, die eigene Position und Funktion in der Gesellschaft schärfer zu sehen; dabei werde auch die jeweils vorherrschende Bewertung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Rückfragen ausgesetzt. Auch bei Konfrontation ihrer Staaten stünden Kirchen in der größeren Gemeinschaft aller Christen. Diese Gemeinschaft stellten sie in den Dienst aller Bemühungen, die einer friedlichen Entwicklung von Nutzen seien. Die Kirchen müßten auf die *zunehmend friedensgefährdenden Trends des Abschreckungssystems* aufmerksam machen; der Auftrag zu politischer Diakonie brauche den Dienst des Wortes Gottes in Verkündigung und Seelsorge.

Der Förderkreis diakonischer Einrichtungen in Düsseldorf legte am 26. Juli eine von ihr in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie zum Thema „Heimerziehung“ vor. Die Untersuchung wurde vom Institut der Stiftung für empirische Sozialforschung unter der Leitung des Bonner Psychologen Prof. *Reinhold Bergler* durchgeführt. Aus einer Befragung von insgesamt 141 Personen – gegenwärtige und ehemalige Bewohner zweier Düsseldorfer Heime, Pfleger und Erzieher, Lokalpolitiker, Journalisten und Nachbarn der Heime – kommt Bergler zu dem Schluß, daß „trotz aller Kritik im einzelnen, das Ziel der Erziehung in den wesentlichen Punkten erreicht wird“. Die von der Studie aufgezeigten Trends würden durch eine repräsentativ angelegte Untersuchung bestätigt. 91% der befragten Heimkinder und 80% der Ehemaligen beurteilen ihr Heim *positiv*. Als Gründe nennen sie in erster Stelle die *schulische Förderung*, dann folgt die *Entwicklung der Persönlichkeit* – „Ich bin freier geworden“, „bin selbstsicherer“, „kann heute mehr aushalten“, „bin viel geduldiger“. Als Vorteile werden außerdem die vielfältigen Möglichkeiten zur *Freizeitgestaltung* und zum *Kontakt* mit Gleichaltrigen sowie die Förderung bei der Anpassung an die Gemeinschaft und Hilfe zur Entfaltung von Selbstbehauptung gesehen. In ihrer Beurteilung zeigen die Kinder und Jugendlichen Realitätssinn, denn sie vergleichen ihr Heim nicht – wie alle anderen nicht direkt Betroffenen – mit der idealen, sondern der eigenen Familie, die sie ja wegen „Ausfalls der Erziehung“ verließen. Die weitverbreitete Meinung, daß eine schlechte Familienerziehung immer noch besser als das beste Heim sei, trifft nach der Studie nicht zu. „Die allgemeine grundsätzliche Kritik an Heimerziehung bei objektiv fehlenden Alternativen ist psychologische Grausamkeit an Heimbewohnern“, so Bergler. Das *Nichtwissen der Außenstehenden* werde durch Vermutungen und Vorurteile ersetzt. Die Nachbarn wüßten nichts oder zu wenig über die Heimatmosphäre oder die Ursachen für Heimunterbringung. Ihr Verhältnis zum Heim sei freundlich-distanziert und von der Meinung geprägt, daß man eigentlich mehr tun und wissen sollte. Sehr empfindlich reagieren die Heimkinder, wie die Untersuchung ermittelte auf Zeitungsberichte über Heime; sie wollen nicht als bemitleidenswerte, bedürftige Minoritätengruppe angesehen werden.

Der Vorstand der „Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst“ (KAK) nahm am 9. Juni in einer Erklärung zur rechtlichen Neuregelung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung Stellung. Darin wird betont, daß es gerade aus Sicht katholischer Christen ein Ziel bleiben müsse, jegliche Gewissensprüfung für Wehrdienstverweigerer abzuschaffen und Versuche zu fördern, aus dem Zivildienst einen „Friedensdienst innerhalb der Gesellschaft“ zu entwickeln. Eine Neuregelung, die die Zielvorstellungen der KAK erfüllen würde, müßte „von allen Parteien des Bundestages unterstützt werden. Dies aber, so die KAK, „scheint zur Zeit und in naher Zukunft nicht erreichbar zu sein. Die „eigentliche Schwierigkeit“ der bisherigen Regelung der Prüfungsverfahren liege darin, „daß grundsätzlich nicht Beweisbares durch den Kriegsdienstverweigerer bewiesen werden soll“. Angeregt wird deshalb „ein Anerkennungsverfahren mit umgekehrter Beweislast“. Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Vorstellungen sieht sich die KAK veranlaßt, einen Vorschlag einzubringen, „der in der Intention den betroffenen Kriegsdienstverweigerern und dem Grundrecht auf Gewissensfreiheit gerecht wird“. Der Vorstand der KAK schlägt deshalb, von der „Glaubwürdigkeit des Bürgers“ ausgehend, bei Inanspruchnahme des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung die Abgabe einer förmlichen Erklärung vor, die schriftlich dem Kreiswehrrersatzamt vorgelegt werden solle. Der Staat könne sich eine Mißbrauchsprüfung vorbehalten. Beständen nach dem bisherigen Verhalten des Wehrdienstverweigerers begründete Zweifel an der Glaubwürdigkeit seiner Berufung auf Art. 4,3 GG, so könnte der Leiter des Kreiswehrrersatzamtes – so der Vorschlag der KAK – einen Ausschuß für Wehrdienstverweigerer anrufen. Nach Anhörung des Betroffenen könne der Ausschuß die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Wehrdienstverweigerung für unbegründet erklären, wenn „die Unglaubwürdigkeit durch gerichtlich nachprüfbare Tatsachen nachgewiesen wird“. Mit einer solchen Regelung der Umkehr der Beweislast solle versucht werden, das Verfahren „auch den rechtsstaatlichen Bedingungen anzupassen, unter denen sonst Glaubens- und Gewissensfreiheit wirksam wird“. Da sich alle Parteien des Bundestages für eine Verbesserung des Anerkennungsverfahrens ausgesprochen haben, ziele der Vorschlag darauf ab, „durch eine Abkoppelung der Regelung des Anerkennungsverfahrens von Veränderungen im Zivildienst, politisch realisierbare Verbesserungen des Anerkennungsverfahrens im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1978 zu erreichen“.

Heftige Kritik an der Berichterstattung in den Medien, vor allem in der italienischen Presse über die Verwicklung des Vatikan bzw. von dessen Bank „Istituto per le opere di religione“ (IOR) in den Skandal um den Banco Ambrosiano hat der „Osservatore Romano“ geübt. In einem Kommentar vom 21. Juli unter dem Titel „Die Lügenmedien“ warf die vatikanische Zeitung den Berichterstattern nicht nur unlautere, mit Unterstellungen arbeitende Berichterstattung, sondern die Verletzung der „elementarsten Informationsethik“ vor, indem sie einen bestimmten „Typ von Beziehung, der von den betreffenden Personen geleugnet wird“, als erwiesen oder gegeben ansehe und nicht einmal die juristischen Argumente berücksichtige, die es verdienten, auf seriöse und kompetente Weise gewürdigt zu werden. Daß die Vatikanzeitung angesichts der jeden Tag ins Kraut schießenden Spekulationen in der italienischen Sensationspresse über die Verwicklungen der Vatikanbank und ihres Präsidenten, Erzbischof Paul C. Marcinkus mit der inzwischen liquidierten und umgegründeten Banco Ambrosiano und dessen an der Blackfriar-Bridge in London tot aufgefundenen Präsident Roberto Calvi sich zur Wehr setzte,

war nicht verwunderlich. Dennoch überraschte die Schärfe der Kritik, denn es gab ja nicht nur die wenige Tage später von den Mailänder Gerichtsbehörden Erzbischof Marcinkus und zwei seiner Mitarbeiter übermittelten Gerichtsbescheide über die Aufnahme eines gerichtlichen Untersuchungsverfahrens, die wegen des Völkerrechtsstatus des Vatikan dann auf den diplomatischen Weg umgeleitet wurden. Schon eine Woche vor dem Erscheinen des zitierten Kommentars hatte der „Osservatore“ selbst (14. 7. 82) ein Communiqué veröffentlicht, in dem mitgeteilt wurde, daß der Kardinalstaatssekretär nach Rücksprache mit Marcinkus „zur Prüfung der Situation und um Hinweise und Ratschläge zu erhalten“, ein Dreiergremium aus international angesehenen und aus verschiedenen Ländern stammenden Bankiers berufen hatte. Auch wenn das Communiqué die Berufung dieses Gremiums und dessen Aufgabe sehr zurückhaltend als „Mitarbeit einiger Experten der internationalen Finanzwelt“ umschrieb, war doch nicht zu übersehen, daß das Gremium den Charakter einer Untersuchungskommission hat, in dessen Zuständigkeit auch die Prüfung des Verhaltens des Präsidenten des IOR fällt.

Katholische Jugendliche aus der Slowakei haben zum Katholikentag einen Brief an die „deutsche katholische Jugend in Düsseldorf“ gerichtet. Der mit „slowakische katholische Jugend“ unterzeichnete Brief, der Ende Juli in die Bundesrepublik gelangte, entstand anlässlich einer Wallfahrt nach Levoca (Ostslowakei) an der Anfang Juli etwa 100 000 Gläubige, darunter ungefähr 70 000 Jugendliche, teilnahmen. Die slowakischen Jugendlichen schreiben, sie lebten in einer Zeit der Unsicherheit, des ständigen Risikos, ja sogar der offenen Verfolgung der Gläubigen von seiten eines politischen Systems, das „bei uns, genauso wie überall, wo es ihm gelang, an die Macht zu kommen ... alle unterdrückt, die entschlossen auf der Seite Gottes, Jesu Christi, der Kirche und der Gewissensfreiheit stehen“. Die Getauften würden zu der Entscheidung gezwungen, zu glauben oder aufzuhören zu glauben, den Glauben zu bekennen oder ihn zu verschweigen, die Kirche zu verlassen oder mit allen damit verbundenen Konsequenzen zu ihr zu halten. „Jedes Taktieren – wie das z. B. unsere regimetreuen Priester aus der ‚Pacem in terris‘-Bewegung tun – ist eine Anbiederung an die Feinde Gottes, ist Mitarbeit an der Liquidierung der Kirche.“ In dem Brief heißt es weiter, die Jugendlichen bemühten sich, allen jenen, die aus Furcht im Glauben gleichgültig geworden seien, Augen und Herz „für die trostvollste aller Wahrheiten zu öffnen, daß nämlich auch sie, wie jeder Mensch, Kinder Gottes sind“. Über die deutsche katholische Jugend, so die slowakischen Jugendlichen, hätten sie nur wenig Nachrichten: „Vielleicht habt Ihr dieselben Probleme wie wir. Nicht etwa, weil es Euch an Freiheit fehlte ..., sondern vielleicht, weil es in Eurem Land allzuviel Freiheit gibt, oder besser, weil sich bei Euch bisweilen die Freiheit mit der Zügellosigkeit oder geistigen Anarchie identifiziert.“ Die deutschen Jugendlichen sollten, so rät der Brief, das Eis der Anonymität, der Gleichgültigkeit und der Interessenlosigkeit brechen, alle Glaubensforderungen willig auf sich nehmen und weiter lebendige, dynamische, aktive und sich mehrende Gemeinschaften bilden. So habe auch die Wiedergeburt des Glaubens der jungen Generation in der Slowakei begonnen. Weiter heißt es an die Adresse der deutschen Jugendlichen: „Wir vereinen uns mit Euch, wir beten für Euch, daß Euer Katholikentag eine geistige Erneuerung, die Entstehung einer neuen Generation der deutschen Christen bringt. Wir bitten Gott, daß Ihr nicht Opfer einer geistigen Fata Morgana des sogenannten irdischen Reiches werdet, der falschen Propheten, auf die uns das Evangelium aufmerksam macht.“